Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 34 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 125 — MITTWOCH, 15. MÄRZ 1933 — MORGEN-AUSGABE

Bayrische Entscheidung vertagt

Mit Rücksicht auf die Reichspolitik

MÜNCHEN, 14. MÄRZ

Staatskommissar Esser teilt dem Völkischen Beobachter zur Regierungsbildung in Bayern mit: Reichskanzler Adolf Hitler hielt am Dienstag noch verschiedene Besprechungen über die Regierungsbildung in Bayern ab.

Es hat sich herausgestellt, daß im Hinblick auf die großen Entscheidungen, die in der nächsten Woche in der Reichspolitik erfolgen werden, es durchaus zweckmäßig ist, auch in Bayern in diesen Tagen noch alle mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen so gründlich zu klären, daß eine solide Lösung herbeigeführt werden kann. Mit dem Zusammentritt des bayerischen Landtages ist deshalb in den nächsten Tagen noch nicht zu rechnen.

Vorwürfe gegen Staatspräsidenten Schmitt

Die Pressestelle der kommissarischen Regierung in Baden teilt mit, daß der bisherige Staatspräsident Schmitt wichtige politische Akten am 10. März als privates Depot beim Generallandesarchiv niedergelegt habe. Die beiseite geschafften Akten seien sofort ermittelt und an ihren Platz zurückgeschafft worden. Der Reichskommissar sei zur Zeit mit ihrer Sichtung beschäftigt. Diese Aktenverschleppung sei nicht der einzige Fall, der bisher aufgedeckt wurde.

Stuttgarter Landtag einberufen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

STUTTGART, 14. MÄRZ

Landtagspräsident Mergenthaler hat den württembergischen Landtag, der am Samstag überraschend abgesagt worden war, auf den 15. März einberufen mit der Tagesordnung: Neuwahl des Staatspräsidenten und Landtagspräsidenten.

Wie schon berichtet, sind für den Posten des Staatspräsidenten und des Innenministers der nationalsozialistische Gauleiter Murr, für den Kultus- und Justizminister Landtagspräsident Mergenthaler (N.S.) vorgeschlagen, während der bisherige deutschnationale Finanzminister Dr. Dehlinger weiterhin im Amte bleiben soll. Durch die vorgeschlagene ehrenamtliche Bestellung des deutschnationalen Rechtsrats Hirzel als beratendem Staatsrat wird offenbar einem Wunsch der Deutschnationalen Partei Rechnung getragen.

Pläne für eine Warenhaus-Steuer

Das Reichskabinett tritt heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der die geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen besprochen werden sollen. Auch eine neue Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther ist vorgesehen.

Mit dem Beginn des neuen Etatsjahres am 1. April dürften auf dem Gebiet der Steuern, besonders soweit die Steuersysteme der Länder in Betracht kommen, einige Aenderungen eintreten. Dabei handelt es sich zunächst um die Warenhaussteuer. Sie wird wahrscheinlich in der Weise eingeführt werden, daß das Reich den Ländern die Vollmacht oder Möglichkeit gibt, Zuschläge zur Gewerbesteuer bei Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Großfilialbetrieben zu erheben. Es sollen nicht sämtliche Filialbetriebe erfaßt werden, sondern nur die ausgesprochenen Großbetriebe. Ob dann eine Angleichung jener Bestimmungen der Umsatzsteuer erfolgen wird, nach denen Geschäfte mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Million erhöhte Umsatzsteuer zahlen müssen, ist eine offene Frage.

Zu beachten ist auch, daß in diesem Zusammenhang die im Dezember 1930 verfügte Sperre für die Realsteuern der Gemeinden von neuem zur Diskussion steht, da auch das Problem der Hauszinssteuer neu aufgerollt werden dürfte.

Vatikan und die N.S.D.A.P.

MÜNCHEN, 14. MÄRZ

Wie der römische Korrespondent der „Münchener Zeitung" mitteilt, hat Kardinal Faulhaber, der aus Anlaß des Konsistoriums in Rom weilt, mit den vatikanischen Kreisen wichtige Besprechungen über die neue Lage in Deutschland gehabt. Gegenstand dieser Besprechungen war vor allem die Stellungnahme des Zentrums zur nationalsozialistischen Partei.

Die Ausschaltung der Kommunisten

Aehnlich wie im Reichstag, findet am Mittwoch nachmittag auch im Preußischen Landtag eine Besprechung der Fraktionsgeschäftsführer statt, in der über die Neuverteilung der Plätze im Plenarsitzungssaal und über die Verteilung der Arbeitszimmer für die Abgeordneten entschieden werden soll. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. mitteilt, wird die Platzfrage für den durch die Wahlen vergrößerten Landtag wahrscheinlich in der Weise gelöst werden, daß die bisherigen Plätze der kommunistischen Fraktion für die andern Fraktionen mitverwendet werden.

Den kommunistischen Abgeordneten werden nicht nur keine Diäten mehr gezahlt, sondern es werden ihnen auch die parlamentarischen Ausweise und die Freifahrkarten der Reichsbahn nicht zugestellt. Das gleiche gilt für die kommunistischen Reichstagsabgeordneten.

Die bisherigen kommunistischen Fraktionsräume im Preußischen Landtag sind am Dienstag vormittag einer polizeilichen Durchsuchung unterzogen worden. Das in den Räumen vorgefundene Material wurde sichergestellt.

Französische Demarche wegen der Hilfspolizei

Der französische Botschafter François Poncet hat gestern den Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn von Neurath aufgesucht, um im Auftrage der französischen Regierung wegen der Vorgänge in Kehl und der Verwendung von Hilfspolizei in der entmilitarisierten Zone unter Hinweis auf Artikel 43 des Versailler Vertrags Beschwerde zu führen.

Der Reichsaußenminister hat diese Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen. Weder die Vorgänge in Kehl noch die Verwendung von Hilfspolizei falle unter die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die entmilitarisierte Zone. Weder die im übrigen nur während 36 Stunden in der Polizeikaserne in Kehl untergebracht gewesene S.A.-Mannschaft, von der höchstens jeder zehnte Mann mit einem Jagdgewehr oder Revolver ausgerüstet gewesen sei, noch die Hilfspolizei könnten als bewaffnete Streitkräfte angesehen werden. Im übrigen handele es sich hierbei um innerpolitische Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung der gefährdeten Ruhe und Sicherheit dienten.

LONDON, 14. MÄRZ

In britischen amtlichen Kreisen ist man, wie Reuter zufolge heute verlautet, der Ansicht, die Sachlage hinsichtlich des Vorgehens von S.A.-Trupps in Kehl, Köln und Speyer sei nun auf dem Wege zu einer Klarstellung in dem Sinne, daß das Auftreten der S.A.-Leute als innerpolitische Angelegenheit anzusehen sei. Wenn es sich erweisen sollte, daß dies tatsächlich der Fall sei, so würde, der offiziösen englischen Auffassung zufolge, lediglich ein technischer, nicht aber ein bewußter und planvoller Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrags vorliegen, die die Verwendung von Truppen in der entmilitarisierten Zone verbietet.

Heute räumt Polen

GENF, 14. MÄRZ

In den langwierigen Verhandlungen, die am Dienstag abend zwischen dem polnischen Außenminister Beck und dem Völkerbundskommissar Rosting stattgefunden haben, hat sich die polnische Regierung im Verfolg des Ratsbeschlusses verpflichtet, die Truppen von der Westerplatte am morgigen Mittwoch zurückzuziehen. Der polnische Außenminister wird am Mittwoch ein Schreiben an Rosting richten, in dem er die Stunde der Verladung der Truppen von der Westerplatte mitteilen wird.

Was kommt aus Genf?

Mit größter Befriedigung kann man feststellen, daß die Danziger in Genf einen vollen Erfolg errungen haben. Alles hat zu diesem Erfolge beigetragen: der hervorragende Präsident des Danziger Senates Ziehm, die Ruhe und Disziplin der Danziger Bevölkerung, die einmütige Haltung der deutschen Oeffentlichkeit ohne Unterschied der Klassen und der Parteien. Senatspräsident Ziehm hat klugerweise beschlossen, in Genf zu bleiben, bis die Polen ihre übernommenen Verpflichtungen erfüllt und ihre Besatzung auf der Westerplatte auf das vertragsmäßig ihnen gestattete Maß zurückgeführt haben. Man weiß nie, wie die Dinge laufen, aber bis jetzt hat man, so berechtigt jede Vorsicht gegenüber unserem östlichen Nachbar ist, keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die Genfer Abmachungen auch ausgeführt werden.

Freilich: die provokatorische Absicht der Polen, und zum mindesten diese, war offenbar. Hätte ein Trupp kampflustiger Danziger Männer sie von der Westerplatte heruntergeworfen, so wären die Folgen eine furchtbare Gefahr für die Stadt Danzig und ein nicht absehbarer Konflikt mit dem Reich gewesen. Und genau dasselbe wäre eingetreten, wenn die Polen selber eine Schar von Danziger Angreifern „gestellt" hätten, eine Möglichkeit, die ins Auge gefaßt werden mußte. Eine akute Gefahr ist, wie man hoffen muß, beseitigt. Die latente Gefahr, die durch die polnischen Truppenansammlungen im Korridor mit genügender Deutlichkeit aufgezeigt wird, besteht weiter. Man wird auch ihr gegenüber nirgends die Nerven verlieren.

Die internationale Lage war den Polen nicht günstig. Seit langem versuchen Sie, die Franzosen vorwärts zu treiben, aber die französische Politik ist doch schließlich klug und vorsichtig genug, um sich nicht in Abenteuer verstricken zu lassen, die auch für sie unübersehbar sind. Auf die englische Politik — eingestellt auf die Formel „Ruhe auf dem Kontinent" — war von vornherein schon nicht zu rechnen. Weil ganz Europa sich durch die polnische Abenteuerlust bedroht sah, hat der Völkerbund diesmal funktioniert. Vielleicht merken selbst die Tschechen, die mit den Polen ein enges Verhältnis zur Erhaltung des Status quo anstreben, daß sie mit dem Feuer spielen. Aber wiederum ist der Welt deutlich vor Augen geführt worden, in welchem Zustand völliger Unsicherheit Deutschland — denn Danzig ist Deutschland — sich befindet und wie berechtigt und unausweichbar die deutsche Forderung auf Sicherheit ist.

Auch der Verlauf der Genfer Abrüstungsverhandlungen ist, soweit zuverlässige Nachrichten vorliegen, bisher offenbar nicht ungünstig gewesen. Es dürfte feststehen, daß MacDonald bei seinem Aufenthalt in Paris von den Franzosen stark mit der „deutschen Gefahr", dem nie veraltenden Requisitenstück der Pariser Diplomatie, bearbeitet worden ist. Aber sehr tief scheint der Eindruck auf die Engländer nicht gewesen zu sein und der sogenannte „Zwischenfall von Kehl" wird den Engländern kaum Anlaß geben, auf ihm eine politische Aktion aufzubauen. Aber die englischen Pläne waren auch ohne das nicht ungefährlich für uns und auf jeden Fall für uns unannehmbar. Wir wiederholen, worin sie bestanden: entweder wollte England eine sogenannte kleine Konvention, in der die bisherigen Resultate der Abrüstungskonferenz zusammengefaßt werden sollten, oder eine langfristige Vertagung der Konferenz unter bestimmten Bedingungen.

Was den ersten Plan betrifft, so lag seine Schwäche darin, daß es eben keine Konferenzresultate gibt, die dieses Namens wirdig wären. Was den zweiten Plan anbelangt, so konnte uns weder die Gratis-Unterzeichnung des für Europa geltenden No-force-Paktes, noch eine jahrelange Vertagung der Konferenz zugemutet werden. Man wird ja annehmen dürfen, daß MacDonald, sei es durch unsere Vertretung in Genf, sei es auf dem üblichen diplomatischen Wege, über den strikt ablehnenden deutschen Standpunkt nicht im Zweifel gelassen worden ist.

Was bedeuteten die englischen Pläne, mit oder ohne jene Kontrollrechte, die zum mindesten von französischer Seite so energisch verlangt werden und offenbar das Kernstück eines jeden Abschlusses bilden sollten? Sie bedeuteten, daß erstens die Konferenz tatsächlich gescheitert war, daß aber zweitens verhindert werden sollte, daß irgendeine Macht die politischen Konsequenzen daraus ziehen sollte. Um das letztere zu kaschieren, suchte man nach einer Kulisse, hinter die man das Scheitern der Konferenz verstecken könnte. Nichts als eine solche Kulisse wäre die sogenannte kleine Konvention geworden und gewesen. Man hätte weiter von Abrüstung und Abrüstungsverhandlungen geredet, man hätte eine herrliche Phraseologie erfunden